



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Änderung des Postgesetzes

Aktuell seit 17.09.2025 15:09:06

Aktiv vom 28.06.2024 bis 23.03.2026

Angegeben von:

Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bev) (R000747) am
28.06.2024

Beschreibung:

Es wird gefordert, dass keine Ausweitung der Definition des Universaldienstes und damit eine Umsatzsteuerbefreiung für die Deutsche Post im Bereich der Dialogpost erfolgt. Weiter sollen Subunternehmen nicht verboten werden. Es soll einen praktikablen Arbeitsschutz und praktikable Arbeitszeiten geben. Die Kennzeichnung auf Paketen müssen umsetzbar sein.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10283 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Modernisierung des Postrechts (Postrechtsmodernisierungsgesetz - PostModG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (9)

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

E-Commerce [alle RV hierzu]

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Bundesgesetze (1)

PostG [\[alle RV hierzu\]](#)